



**DSTG** informiert

**DAS STEUER- UND GROLLBLATT**

Jahrgang 2013 Nr. 4



**Fahnenmeer in der  
Klosterstraße**



# 0, Euro<sup>1)</sup> Bezügekonto für den öffentlichen Sektor

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

## 0,- Euro Bezügekonto<sup>1)</sup>

- Kostenfreie Kontoführung inkl. BankCard und viele weitere attraktive Extras!

## + Günstiger Abruf-Dispokredit<sup>1)</sup>

- Bis zum 7-Fachen Ihrer Netto Bezüge
- Abruf ganz nach Ihrem Bedarf

## + 0,- Euro Depot<sup>1)</sup>

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

### BBBank-Filialen in Berlin und Potsdam

- Luisenstraße 41, 10117 Berlin, Tel. 030/28 30 46-0
- Hausvogteiplatz 3-4, 10117 Berlin, Tel. 030/2 02 48-0
- Augsburger Straße 5, 10789 Berlin, Tel. 030/21 48 94-0
- Friedrich-Ebert-Straße 113, 14467 Potsdam, Tel. 03 31/73 04 09-0

### Informationen unter:

Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei) oder [www.bezuegekonto.de](http://www.bezuegekonto.de)

und persönlich bei

Silke Fischer, Regionalbevollmächtigte Öffentlicher Dienst

Tel. 030/9 78 63 00 33, E-Mail [silke.fischer@bbbank.de](mailto:silke.fischer@bbbank.de)

+ 30,- Euro Startguthaben über das



**BÖRSE ONLINE**

Beste überregionale  
Filialbank  
des Jahres 2012

**BBBank**

Ausgabe 26/2012



**BB** Bank

Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wieder einmal reagieren Bürger, Medien und Politiker in der Bandbreite von ehrlich verärgert bis scheinheilig entrüstet angesichts der Tatsache, dass sich ein in der Öffentlichkeit äußerst präsender Sportfunktionär wie Uli Hoeneß der Steuerhinterziehung schuldig gemacht hat.

Die Diskussion gestaltet sich auch deshalb so schwierig, weil Uli Hoeneß dem Fußballverein FC Bayern München als Präsident vorsteht. Ein Verein, der Fans und Fußballinteressierte gleichermaßen polarisiert. Entweder man hegt Sympathien für den Verein und deren Repräsentanten oder man empfindet Antipathien für sie. Daneben gefiel sich Uli Hoeneß in der Vergangenheit als Moralapostel gegenüber Steuerflüchtigen, gegenüber Politikern oder Sportfunktionären wie z.B. dem FIFA-Präsidenten Sepp Blatter. Die einen sind traurig, dass er in dieser Rolle künftig „verbrannt“ sein wird, andere genießen voller Hämie, dass er selber eine Charakterseite offenbart hat, die er bei anderen sehr gerne angeprangert hat.

Klar ist jedoch: Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat. Dieses Bewusstsein ist nicht weit verbreitet und das Ausmaß der Entrüstung ist auch oftmals abhängig nicht nur von der Höhe des hinterzogenen Betrages, sondern auch von der Prominenz des Täters. Je höher der Betrag und je prominenter die Person, desto größer ist der Sturm der Entrüstung.

Scheinheilig sind die Steuerbürger, die bereits selbst in ihrer Steuererklärung wissentlich unwahre Angaben über Einnahmen und Ausgaben getätigt haben und ihr Gewissen damit beruhigen, dass dieses ja „jeder“ so machen würde.

Scheinheilig sind alle Politiker, die sich in der derzeitigen öffentlichen Diskussion nicht von Sachlichkeit, sondern von wahltaktischen Erwägungen leiten lassen.

Vor allem aber scheinheilig sind die Politiker, die jetzt eine Verschärfung der Bestrafung für Steuerhinterziehung fordern, indem sie für den Wegfall der strafbefreienden Selbstanzeige plädieren oder zumindest die strafbefreiende Wirkung nur noch bei Hinterziehung kleinerer Steuerbeträge befürworten. Das sind im Übrigen die gleichen Politiker, die in der Vergangenheit mit ihren Entscheidungen Steuerhinterziehung begünstigt oder gar Beihilfe geleistet haben. Wer mit seinen Entscheidungen zum Personalabbau in den Finanzämtern die zentrale Ermittlungsbehörde im Kampf gegen die Steuerhinterziehung schwächt, begünstigt Steuerhinterziehung!

Und wer weiterhin das Bankgeheimnis als heilige Kuh ansieht, die nicht geschlachtet werden darf, der leistet gar Beihilfe zur Steuerhinterziehung. Denn so werden potenzielle Steuerhinterzieher der Kontrolle durch die Finanzämter entzogen.

In diesem Kontext ist auch das zum Glück gescheiterte Deutsch-Schweizerische Steuerabkommen zu sehen. Das Interesse aller Politiker muss darin bestehen, dass die Steuergerechtigkeit gewahrt bleiben muss. Steuerehrliche Bürger – wie z.B. die Arbeitnehmer, deren Steuern bereits vom Lohn einbehalten werden – dürfen nicht den Eindruck haben, die Dummen zu sein.

An der Wirkung einer Selbstanzeige herumzudoktern ist der falsche Weg. Der Sinn der Selbstanzeige besteht darin, nicht nur dem straffällig gewordenen Steuerbürger die Möglichkeit zu eröffnen, sich steuerehrlich zu machen und einer Haftstrafe zu entgehen, sondern auch dem Staat im Nachhinein den vollen Zugriff auf die hinterzogenen Steuern nebst Zinsen und Strafbeträgen zu ermöglichen. Im Übrigen ist in den meisten Fällen die Triebfeder für die Selbstanzeige nicht die Reue, sondern die Angst vor der Aufdeckung der Tat. Anmeldungen von Betriebsprüfungen oder der Ankauf von Steuer-CD's lassen – so die Erfahrung in den Finanzämtern – die Zahl der Selbstanzeigen in die Höhe schnellen.

Den Politikern sollte vielmehr daran gelegen sein, das Entdeckungsrisiko für die Steuerhinterzieher weiter zu erhöhen. Ein Mittel ist der Ankauf von Steuer-CD's, ein anderes ist es, die Finanzämter als zentrale Ermittlungsbehörde personell so zu verstärken, dass sie ihrer Aufgabe zur Ermittlung von Steuerstraftaten genauso gerecht werden wie ihrer präventiven Wirkung.

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft wird nicht nachlassen, gegenüber der Politik immer wieder den Finger in die Wunden zu legen und alle Maßnahmen einfordern, die für die Einhaltung der Steuergerechtigkeit notwendig sind. Mehr Personal für die Finanzämter genießt dabei die oberste Priorität.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr



Detlef Dames



## Leben heißt Veränderung – wir begleiten Sie.

Absicherung und Vorsorge  
rechtzeitig checken lassen!

Jetzt Termin  
vereinbaren!

Das Leben bringt viele Veränderungen mit sich,  
z. B. der Start ins Berufsleben oder die Gründung  
einer Familie.

Denken Sie in solchen Situationen daran, Ihre  
Absicherung und Vorsorge anpassen zu lassen?  
Wissen Sie, was zu tun ist?

**Nutzen Sie unser unverbindliches Beratungs-  
angebot. Vereinbaren Sie jetzt einen Termin.**

### **GESCHÄFTSSTELLE**

**Berlin**

Telefon 030 21302-411

Telefax 030 21302-282

Marburger Straße 10

10789 Berlin

Öffnungszeiten:

Mo.–Do. 8.00–18.00 Uhr

Fr. 8.00–16.00 Uhr



# **HUK-COBURG**

Aus Tradition günstig

## FAHNENMEER IN DER KLOSTERSTRASSE - ODER WENN BEAMTEN DER GEDULDSFADEN REIßT

Es war ein schönes Bild am Mittwoch (24. April 2013) „High Noon“ in der Klosterstrasse. Die DSTG und andere Gewerkschaften riefen und über 1000 Kolleginnen und Kollegen - hauptsächlich aus den Finanzämtern, aber auch aus der allgemeinen Verwaltung sowie von Polizei und Feuerwehr - kamen in ihrer Freizeit, um dem Innensenator ihren Unmut zu zeigen. Was war geschehen, dass diese massi-  
ve Präsenz von Beamten verursacht hat?



Ursache war die seit Jahren gelebte Praxis der Politiker, die Beamten immer wieder als „Sparschweine“ zu missbrauchen.

Bislang ist von den Landespolitikern die Übernahme des Tarifergebnisses auf die Landesbeamten in Berlin schlichtweg abgelehnt worden. Die zum 1. August 2013 vorgesehene Besoldungserhöhung von 2 % ist zwar fix, führt aber im Vergleich zu den übrigen Bundesländern - deren Beamten mit höheren Besoldungsanpassungen bedacht werden - zu einem Anstieg des Besoldungsrückstandes. Die Rückstände, die zwischen den übrigen Bundesländern bislang zwischen 6,5 % und 12 % lagen, steigen stetig weiter an. Im Moment ist nicht erkennbar, wie der Inhalt der Koalitionsvereinbarung - den Besoldungsrückstand in dieser Legislaturperiode zumindest zum Teil aufholen zu wollen - in die Tat umgesetzt werden soll.



Die Forderungen der Demonstranten waren hier eindeutig:

1. Übernahme des Tarifiergebnisses der Arbeitnehmer auch für die Beamten
2. Klarer Fahrplan zur Reduzierung des Besoldungsrückstandes bis 2017



Die Kolleginnen und Kollegen machten ihrem Unmut sehr lautstark Luft. Hier kamen Trommeln und vor allem Trillerpfeifen zum Einsatz. Wenn der Innensenator im Hause war, hat er zumindest akustisch die Demo zur Kenntnis nehmen müssen. Es wurde dann ein symbolischer Geduldsfaden vom Gebäude des Senator für Inneres zum Haus des Finanzsenators schräg gegenüber gespannt. Dieser wurde dann in einer sehr lautstarken Aktion zerrissen. Um die Dreifaltigkeit der Berliner Regierung komplett auch in die Demonstration einzubinden, setzte sich der Zug dann in Richtung Rotes Rathaus in Bewegung, um auch noch dem Regierenden Bürgermeister ein kleines „leises“ Liedchen auf der Trillerpfeife vorzuspielen. Nachdem nun die drei wichtigsten Politiker Berlins vom Unmut in Kenntnis gesetzt waren, löste sich der Zug vor dem Roten Rathaus dann auf.

Die DSTG hat nicht den Eindruck, dass finanzielle Zugeständnisse für die Beamten von der Landesregierung auf freiwilliger Basis erfolgen werden. Sie bedürfen einiger Anstöße. Ein erster ist mit dieser Demonstration erfolgt. Weitere werden wahrscheinlich folgen müssen.

Wir alle sind aufgerufen, weiter für unsere Interessen zu kämpfen. Denn:

**WER KÄMPFT, KANN VERLIEREN -  
WER ABER NICHT KÄMPFT, HAT SCHON VERLOREN!**



## TREFFEN DER VERTRETER DER "NEUEN BUNDESLÄNDER"

Nach 2011 und 2012 trafen sich zum dritten Mal in Reihenfolge die DSTG-Landesvorsitzenden Regina Biertümpfel (Thüringen), Frank Höhne (Mecklenburg-Vorpommern), Reinhold Mähne (Sachsen) und Detlef Dames (Berlin) am 15./16. April 2013 zu einer Arbeitstagung. Treffpunkt war diesmal die Geschäftsstelle des Landesverbandes Berlin. Leider konnten Iris Herfurth (Sachsen-Anhalt) und Holger Böhler (Brandenburg) kurzfristig aufgrund anderer terminlicher Verpflichtungen nicht teilnehmen.

Das Treffen diente u. a. der Nachbetrachtung der Tarifrunde 2013. Übereinstimmend waren alle der Auffassung, dass das Ergebnis der Tarifrunde ein Erfolg der vielerorts stattgefundenen Warnstreiks und Protestkundgebungen war.

Angesichts der föderalen Struktur in Deutschland wird es um ein Vielfaches schwieriger werden, die Landesregierungen von der kompletten Übernahme des Tarifiergebnisses auf die Landesbeamtinnen und -beamten zu überzeugen. Alle Landesverbände planen deshalb Demonstrationen und Großkundgebungen, um eine „Abkopplung“ der Beamtinnen und Beamten vom Tarifiergebnis zu verhindern.

Interessant war auch festzustellen, wie unterschiedlich sich in der kurzen Zeit nach der Föderalismusreform die Besoldung in den einzelnen Ländern entwickelt hat.

Die Aufbaustruktur in den Finanzämtern war ebenfalls ein Thema. Auch hier ist erkennbar, dass eine Vergleichbarkeit der Finanzämter länderübergreifend nicht mehr möglich ist. Die Verwaltungsspitzen in den Ländern suchen ständig nach neuen Organisationsmodellen, um Arbeitsabläufe zu optimieren und den Personalfehlbestand abzufedern. Selten bis gar nicht sind sie dabei erfolgreich.

Die Suche nach weiteren Möglichkeiten, die Zusammenarbeit zwischen den Landesverbänden noch weiter zu vertiefen, rundeten die Zusammenkunft ab. Alle Teilnehmer waren der Auffassung, diese Treffen fortsetzen zu wollen. Und so sprach der Landesvorsitzende aus Mecklenburg-Vorpommern für 2014 eine Einladung nach Rostock aus.

# Ihre Bank in Berlin.

Die PSD Bank ist eine beratende Direktbank für Privatkunden in Berlin und Brandenburg. Vor 140 Jahren gegründet hat sie heute über 83.000 zufriedene Kunden.

### Fair und transparent

Unseren Mitgliedern und Kunden bieten wir faire Konditionen, individuellen Service und persönliche Beratung.

### Wir beraten persönlich

Sie erreichen uns jeden Tag direkt am Telefon, ganz ohne sprachgesteuerte Anrufbeantworter. Oder

kommen Sie in unser Beratungszentrum in Berlin-Friedenau. Auf Wunsch besuchen Sie unsere Kundenberater auch gern zu Hause.

Als Genossenschaftsbank gehören wir dem Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) an und sind Mitglied im Einlagensicherungsfonds des BVR.

### PSD GiroDirekt, das ideale Gehaltskonto:

- ✓ Guthabenverzinsung ab dem ersten Cent
- ✓ Kostenlose Kontoführung
- ✓ Kostenlose Kreditkarte
- ✓ Äußerst günstiger PSD DispoKredit
- ✓ 15 kostenlose Bargeldverfügungen pro Quartal und Karte an über 19.400 Geldautomaten der Volks- und Raiffeisenbanken und PSD Banken
- ✓ Kostenloses Onlinebanking mit mobileTAN
- ✓ Konto-Umzugsservice



PSD Bank Berlin-Brandenburg eG, Handjerystraße 34-36, 12159 Berlin (Friedenau), Bus M48, M85, 186, 246, U9 Friedrich-Wilhelm-Platz, 51 Friedenau

GEMEINSAM ZIELE ERREICHEN



Wir beraten Sie gern: (030) 850 820 · [www.psd-berlin-brandenburg.de](http://www.psd-berlin-brandenburg.de)

Mitglied der genossenschaftlichen FinanzGruppe – Gemeinsam Ziele erreichen!

## NORD-KOOP TAGTE IN SCHENEFELD

Bereits seit 2004 gibt es eine intensive gewerkschaftliche Zusammenarbeit der norddeutschen DSTG-Landesverbände (Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein) einschließlich Berlin (kurz: Nord-Koop). Die Arbeitstreffen zwischen den Landesvorsitzenden finden seither mehrmals jährlich in Hamburg statt und werden seit 2005 um eine jährliche Tagung im „erweiterten Kreis“ ergänzt.

Einundzwanzig Vertreter aus sechs Landesverbänden trafen sich vom 18. bis 20. April 2013 zu der diesjährigen Sitzung in Schenefeld vor den Toren Hamburgs. Die Delegation aus Berlin bestand aus dem Landesvorsitzenden Detlef Dames, dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Rolf Herrmann und dem stellvertretenden Landesjugendvorsitzenden Christoph Opitz.

Ein Schwerpunkt der Sitzung war der Rückblick auf den Tarifabschluss und die unterschiedlichen Vorhaben der Landesregierungen in den Nord-Koop-Ländern bezüglich der Übernahme auf die Besoldung der Landesbeamten. Diese Tatsache lässt erkennen, dass die nach der Föderalismusreform bereits bestehenden erheblichen Unterschiede bei der Besoldung in den Ländern noch weiter auseinanderdriften werden. Übereinstimmung bestand darin, dass in den Ländern noch erhebliche gewerkschaftliche Anstrengungen notwendig sind, um die Landesregierung jeweils „zu mehr“ zu bewegen. Neben Gesprächen und der üblichen Lobby-Arbeit bei den Politikern werden Demonstrationen und Großkundgebungen notwendig sein.

Eine Bestandsaufnahme zum Beamtenrecht offenbarte zwischen den Ländern ebenfalls erhebliche Unterschiede, als deren Begründung – genauso wie bei der Besoldung – nur die unterschiedliche Haushaltslage von der Politik angeführt wird. Objektive Gründe können hingegen nicht benannt werden.



Ein weiterer Schwerpunkt waren die Organisationsstrukturen in den Ländern, die nun wirklich nicht unterschiedlicher sein können. Flankierende Maßnahmen wie Personalplanung und Personalentwicklung – sofern diese den Namen überhaupt verdienen – haben alle eines gemeinsam: Die Personalentwicklung ist unzureichend

und die Einstellungen werden mittel- und langfristig die Personalabgänge bei weitem nicht ersetzen. Einigkeit bestand darüber, dass erhebliche Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Landesregierungen von der Notwendigkeit einer besseren Personalausstattung in den Finanzämtern zu überzeugen.

Vereinbart wurde, den Mitgliedern aller Nord-Koop-Länder ein gemeinsames Tagesseminar für an Gewerkschaftsarbeit Interessierte anzubieten. Der Seminarort steht noch nicht fest.

Am frühen Samstagnachmittag war dann Schenefeld 2013 Geschichte. Neben der abzuarbeitenden Tagesordnung war noch etwas Zeit verblieben, sich auch anderen gewerkschaftlichen Themen zu widmen sowie sich an den Abenden auch ein wenig privat auszutauschen. Für 2014 wurde wieder ein Treffen in großer Runde vereinbart. Die Planungen sind in vollem Gange.



### IMPRESSUM

Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) Landesverband Berlin  
 Moltkestr. 32 - 10777 Berlin, Tel. 330 - 21473240 Fax 330 - 21473041  
 www.dstg-berlin.de e-mail: info@dstg-berlin.de

WISSP: Detlef Dames, Landesvorsitzender

Redaktion: Detlef Dames, Rolf Herrmann, Jürgen Kochan, Malin Moelle, Bernd Raue, Christa Rogan

Fotografie: Archiv der DSTG Berlin

Anzeigenverwaltung: GGZ Lemke, Landesgeschäftsstelle

Druck: extremdruck, Rodenhausen 10, 90465 Neustadt b. Coburg www.extremdruck.de

Auflage: 7.500 Exemplare, kostenlose Verteilung an die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung

Erscheinungswasser: 10 x jährlich

Nachdruck, Vervielfältigung oder Verbreitung nur nach Genehmigung unter Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplars.  
 Gezielte Beiträge stellen die Meinung der Verfasserin/des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG Berlin nicht übereinstimmen muss.